

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichungsweise: täglich (nur Wochentage).
Bezugspreis: monatlich 3.90 Mark einschl. Postgebühren
oder Bruttoeinkauf.
Telefon Nr. 82. — Postfach 24915 Frankfurt a. M.

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kottke.
Verlag und Druck: der Städt. Schulbuchdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 8-Zeilenzeile oder deren
Raum 70 Bg. Die 12-spaltige 8-Zeilenzeile 110 Bg.
Nachbetr. wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenannahme bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 223

Limburg, Montag, den 27. September 1920.

83. Jahrgang

Schutz vor dem Frieden!

Die Pazifisten aller Länder und die ganze Arbeiter-
schaft der Welt sind heute einig in dem Bestreben, das
Mögliche zu tun, um für künftige Zeiten eine Wiederholung
der unglücklichen Geschehnisse des Weltkrieges zu verhindern. Dem-
gegenüber wird es Zeit, darauf hinzuweisen, daß nötiger
als der Schutz vor künftigen Kriegen die Bewahrung der
Kulturwelt vor den Wirbeln des Friedensrisikos ist, die
immer deutlicher und gefährlicher in die Erscheinung
treten. Was hat der Versailler Frieden Europa bisher ge-
bracht? Die Frage ist eines der Hauptthemen, die alle
Tage in der Presse aller Nationen erörtert werden, und über-
all herrscht eine Meinung dahin, daß die über uns ge-
kommenen „Segnungen“ des Friedenszustandes auch die
schlimmsten Befürchtungen weit in den Schatten stellen. Die
Tatsache, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages
die innere Feindschaft zwischen den Völkern anstatt beseitigt
zu werden, in Wirklichkeit nur noch vertieft worden ist, wird
niemals geleugnet. Sie ist in den siegreichen Ländern nicht
minder zu beobachten als in den besiegten. In Frankreich
lebt alles unter der geheimen Furcht vor dem unumgäng-
lichen finanziellen Folgen des „Sieges“, auch wenn man
äußerlich noch immer so tut, als ob die Rettung aus der
heutigen Krise sicher sei. Die Bewegung innerhalb der eng-
lischen Arbeiterschaft ist für das dortige soziale Staatsystem
tun minder besorgniserregend als die in Italien, die jedoch so
weitgehenden wirtschaftlichen Maßnahmen der Arbeiterver-
bände gegen die Fabriken und die Arbeiterschaft geführt
haben. In Amerika stößt alles genau wie in Europa
über die hohen Preise und Steuern. Und das unterlegene
Mittelamerika? Es ist ja in erster Linie Objekt des Ver-
sailler Friedens, und dieser führt in unabänderlicher Entwid-
lung auf das wirtschaftliche Chaos hin. Milliardenwerte
sind schon jetzt durch die Beeinträchtigung des Wirtschafts-
lebens besonders in den Gebieten des Mittelamerika ent-
standen, die in dem Friedensvertrag eine besondere Rolle
spielen: im Saatgebiet und in Oberschlesien. Jeder Streik
bedeutet eine ungeheure Einbuße an Wirtschaftskraft. Von
der Lage Deutschlands vermag man ohne Erschütterung
überhaupt nicht mehr zu sprechen und die Vorgänge in der
Türkei reden gleichfalls eine furchtbare Sprache. Soll es
dann es wirklich so weiter gehen? Von deutscher Seite
wird das Wort Revision nicht gern in den Mund genommen,
und zwar aus guten Gründen. Die eben skizzierte Entwid-
lung lehrt nämlich, daß Europa auf dem Wege, auf den
es in Versailles gewiesen wurde, nicht länger fortzuschreiten
kann. Gerade jetzt zeigt sich in Oberschlesien, daß das mah-
nende französische Axiom heutiger Politik der blanke Wider-
spruch ist und daß hier die Gefahr ist, die in kurzer Zeit
eintreten und behoben sein muß.

Die Brüsseler Konferenz.

Vorboten.

Paris, 24. Sept. (W.B.) Havas meldet aus Brüssel:
Die französische Delegation für die Finanzkonferenz ist jetzt
vollständig versammelt. Sie setzt sich folgendermaßen zu-
sammen: Vorsitzender: de Fleurbaey, stellvertretender Vor-
sitzender: Sclier, Mitglieder: Avenol und Chénisson, Sach-
verständige: Siegfried, Woelfel, Großclau und Sabatier. Die
Versammlungen, die den Delegationen gestattet, Erländun-
gen einzuziehen und Eindrücke auszutauschen, fanden be-
reits statt. Das Wollbüro erhielt aus französischer
Quelle, daß die Delegation für die Finanzkonferenz den letzten
Wunsch habe, nützliche Arbeit zu leisten, unter Vermeidung
aller gefährlichen Gegenstände, die zur Trennung
führen könnten. Man hegt die Hoffnung, daß die deutsche
Delegation von denselben Wünschen beseelt ist und durch
die Haltung der Arbeit der Konferenz erleichtert werde.
Insbesondere sei die französische Delegation fest entschlossen
nicht zu gestatten, daß in ihrer Gegenwart und noch weniger
unter ihrer Mitarbeit irgendwie an der Integrität des Ver-
sailler Vertrages gerührt werde. Sie würde es nicht dulden,
daß unter dem Vorwand, die finanzielle und wirtschaftliche
Lage Europas zu besprechen, die Frage einer Revision des
Versailler Vertrages aufgeworfen werden könnte. Soll das
tatsächlich geschehen, so wird die Delegation von der Wiedergutmachung
nach von den Deutschen aufzuwerfenden Forderungen, nach
den Genfer Konferenzen, die sie prüfen sollte, ein Wort
zu sagen werden. Dieselben, die entschlossen sind,
die Arbeit der Konferenz in der Beziehung, die wir soeben
angedeutet, streng innerhalb ihrer Grenzen zu halten,
und entschlossen, anzuerkennen, daß es unmöglich wäre, die
Delegationen der 24 in Brüssel zusammengekommenen Mächte
nicht zu hindern, sich über das, was der Gegenstand der
Konferenz sein sollte, zu unterhalten. Aber es wird
nur um offizielle Besprechungen handeln können, die eine
Befestigung weder für die Brüsseler Konferenz noch für die
Regierungen mit sich bringen. Es scheint sicher, daß ent-
sprechend den französischen Vorschlägen die Abstimmungen nach
Delegationen und nicht nach Mächten stattfinden werden. In-
wiefern werden die Entscheidungen der Konferenz nach diplo-
matischem Gebrauch einstimmig angenommen werden müssen.

Die erste Sitzung.

Brüssel, 24. Sept. (W.B.) In der belgischen
Kammer wurde heute nachmittags die Finanzkonferenz er-
öffnet. Die Begrüßungsrede hielt Ador, der ehemalige
Schweizer Bundespräsident. Er sprach den Delegierten den
Willen des Bundespräsidenten für ihr Erscheinen aus und zeichnete
den wenigen Sätzen die heutige ökonomische und finanzielle
Lage der europäischen Staaten unter den Einwirkungen des
Krieges. Er bezeichnete es als das vornehmste Ziel der

Konferenz, Grundlagen für die Wiederaufnahme der wirt-
schaftlichen Arbeiten zu finden. Ador bekannte sich zum Frei-
handel, kraft dessen die nationalen Schranken für Handel und
Wander beseitigt werden müßten. Dann begrüßte der bel-
gische Ministerpräsident Delcroix die Delegierten namens des
Königs und der Regierung. Im Saale sind den Delegierten
der Ersten Kammer die ersten sechs Sitzreihen angewiesen,
die Vertreter der Staaten sind zwanglos verteilt. Hinter
ihnen sitzen die Sachverständigen. Der Sitzungssaal zeigt
nur wenig Leben. Die Konferenz wird morgen vormittag
über die finanzielle und wirtschaftliche Lage von Dänemark,
Holland, Norwegen, Spanien, Schweden und der Schweiz
beraten, nachmittags über diejenige anderer kleinerer Staaten
wie Finnland, Polen usw. Am Freitagabend gibt der bel-
gische Ministerpräsident den Delegierten und Sachverständigen
einen Empfang.

Das Reichsernährungsprogramm.

Berlin, 24. Sept. (W.B.) Amtlich. Im Zu-
sammenhang mit den Beratungen über die finanzielle Lage
nahm der Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts, der unter
dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers tagte, die Beratung
des Ernährungsprogramms, an deren Spitze die Erörterung
der Ernährungsfrage gestellt ist, auf. Auf Wunsch des Aus-
schusses gab der Reichsernährungsminister zunächst eine Ueber-
sicht über die Lage und Aussichten für den kommenden Winter,
die als Grundlage für die Beratungen dienen sollte. Wegen
ihres allgemeinen Interesses beschloß der Ausschuss, den
wesentlichen Inhalt dieser Ausführungen zu veröffentlichen.

Der Ernährungsminister trat in der Hauptsache fol-
gendes vor: Das System der Erzeugung und Verteilung
aller wichtigen Nahrungsmittel, das während des Krieges
gute Dienste leistete, wurde im Laufe der Jahre und im
Zusammenhang mit dem Niedergang der allgemeinen Moral
und Staatsautorität in erheblichem Grade abgenutzt. Die in-
folge dessen im Laufe des Sommers unter Zustimmung vieler
Länder eingeleitete Umstellung der Ernährungsweise auf
den einzelnen Gebieten entspricht der Ernährungsweise auf
noch unbedingte notwendig ist, muß die Regierung die staat-
lichen Maßnahmen mit um so größerer Schärfe zur Anwen-
dung bringen. Dies gilt besonders für Getreide, Milch,
und Zucker. Wenn auf anderen Gebieten, insbesondere bei
Kartoffeln und Fleisch, infolge der zunehmenden heute un-
überwindlichen Schwierigkeiten, die sich durchweg der Durch-
führung der Zwangswirtschaft entgegenstellen, der freie Ver-
kehr wieder hergestellt wird, muß die Regierung die Preis-
- und Marktverhältnisse mit größter Aufmerksamkeit beob-
achten und tatkräftig eingreifen, sobald sich Störungen und
Wohlstände in der Versorgung mit Lebensmitteln ergeben.
Hierbei müssen Handel, Erzeuger und Verbraucher die Re-
gierung unterstützen. Landwirtschaft und Handel müssen sich
bewußt sein, daß es ihre Pflicht ist, für eine ausreichende
Ernährung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zu
sorgen. Die Regierung kann die schwere Verantwortung für
die Volksernährung nur tragen, wenn das deutsche Volk seine
Ruhe und Besonnenheit bewahrt. Die Schwierigkeiten, die
beim Übergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft
unvermeidlich sind, gleichgültig, ob der Übergang heute
oder erst später erfolgt, werden durch willkürliche Störungen
des Lebensmittelverkehrs u. ähnliche Angelegenheiten nur ver-
schärft. Alle schöpferischen Kräfte der Selbstverwaltung
müssen zur gemeinsamen Abwehr wackerer Ausbeutung, wie
auch gewerkschaftlicher oder privater Zurückhaltung von Le-
bensmitteln vereint werden. Ein verständnisvolles Zu-
sammenarbeiten sämtlicher Volksschichten, zu dem sich in den ein-
zelnen Landesteilen bereits Ansätze zeigen, kann viel dazu
beitragen, den Übergang zu erleichtern. Zur Förderung
des Ausbaues dieser Bewegung finden in den nächsten Tagen
Besprechungen im Reichsernährungsministerium statt. Im
übrigen kann ein Urteil über die Wirkung der Wiederher-
stellung der freien Wirtschaft erst abgegeben werden, wenn
die Erfahrungen eines längeren Zeitraumes zur Verfügung
stehen. Ein wesentliches Mittel zur Bekämpfung der be-
vorstehenden Schwierigkeiten liegt in der Regierung in der
Schaffung ausreichender Reserven von Lebensmitteln. Diese
sollen dazu dienen, etwaige Störungen in der Versorgung
zu beseitigen und erforderlichenfalls preislegend zu wirken.
Ein besonderer Nachrichtendienst soll die Regierung fortlaufend
über die Versorgungslage der einzelnen Gebiete unterrichten.
Am 1. Oktober 1920, dem Tag des Außerachtlassens der
Zwangsmaßnahmen, wird die Reichslebensmittelstelle über mehr
als 70 000 Tonnen Auslandsfleisch, Auslandsbrot und -
waren verfügen; die Auslandsfleischreserve wird
ständig auf 30 000 Tonnen erhalten werden, die für drei
Monate die bisherige wöchentliche Ausgabe von 125 Gramm
Fleisch an den Kopf der Bevölkerung in den großen Bedarfs-
gebieten für den Notfall sicherstellen. Daneben schreibt die
am 19. September erlassene Verordnung die Genehmigungs-
pflicht für das Gewerbe des Viehhandels, den Schlachtfleisch-
zwang beim gewerblichen Viehhandel, in gewissem Umfang
die Genehmigungspflicht für das Fleischergewerbe und den
Ausgang der Kleinhandelspreise in den Lebensmittelgeschäften vor.
Von der Reichslebensmittelstelle wird vorläufig eine ständige Schmalz-
reserve von 20 000 Tonnen gehalten. Aus ihr werden neben
dem, was der Bevölkerung infolge der Zulassung der kon-
tingentierten Einfuhr durch den freien Handel zur Verfügung
steht, die bisherigen Rationen auf dem üblichen Wege
weiter ausgegeben. An Kartoffeln steht aus den zwischen den
Erzeugern und den Kommunalverbänden abgeschlossenen Liefer-
verträgen eine Reserve von 32 Millionen Zentnern zur Verfügung.
Hierzu tritt die von der Reichslebensmittelstelle sicher-
gestellte Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern. Diese mehr als
50 Millionen Zentner bleiben nur unerheblich hinter der

Menge zurück, die im Vorjahre von der öffentlichen Wirt-
schaft für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden
konnte. Margarine und Kunstbutter wird der Bevölkerung
im Wege des freien Handels in reichlicherem Maße als
bisher zugeführt werden. Die inländische Brotversorgung wird
bei dem im Gegensatz zu den Erwartungen sehr ungünstigen
Ausfall der Roggenernte auch im kommenden Wirtschafts-
jahre große Schwierigkeiten bereiten. Zu ihrer Sicherung
besonders im Hinblick auf die auf den dringenden Wunsch
der Bevölkerung und der meisten Länder beschlossene Herab-
setzung des Ausfuhrpreises bedarf es nicht der rest-
losen Ablieferung der inländischen Ernte, die im Notfall
mit den schärfsten Zwangsmitteln durchgeführt werden muß,
sondern auch einer sehr erheblichen Einfuhr von ausländischem
Brotgetreide. Die Genehmigung zur Einfuhr amerikanischer
Wehls, die in den letzten Wochen Gegenstand lebhafter
Erörterungen bildete, kann aus den zwischen der Presse
mitgeteilten Gründen nicht erteilt werden. Günstige Ein-
führungsbedingungen durch private Firmen können auch bei
bevorstehenden Einfuhrorganisationen für die Allgemeinheit nutz-
bar gemacht werden. Um dem Bedürfnis nach einem besseren
Haushaltsmehl entgegenzukommen, steht in Aussicht, eine
Wochenmenge von 125 Gr. gering ausgemahlenem, aus Aus-
landsgetreide hergestelltem Weizenmehl zu den Einstands-
preisen der Bevölkerung zuzuteilen.

Der Wirtschaftsausschuss nahm von dem Bericht des
Reichsernährungsministers Kenntnis. Es bestand volle Ein-
mütigkeit darüber, daß die öffentliche Bewirtschaftung des
Getreides, der Milch, des Schlachtfleisches und Zuckers bis
auf weiteres aufrecht erhalten werden müsse. Es wurde zu-
nächst beschlossen, die Kartoffelversorgung der Bevölkerung
in den Verbundgebieten durch besondere Dispositionen der
Reichslebensmittelstelle über die Reichsreserve sicherzustellen. Bei
den weiteren Arbeiten des Ausschusses soll insbesondere versucht
werden, die Mangelerscheinungen scharf und wirkungsvoller
zu gestalten. Soweit die deutsche Ernährungswirtschaft auf
Zufuhren aus dem Auslande angewiesen ist, kann sie nach
Ansicht des Ausschusses nur unter nachhaltiger Mitwir-
kung der alliierten und assoziierten Mächte durchgeführt wer-
den. Im Inlande hängt ein großer Teil der zukünftigen
Gestaltung von dem verständnisvollen Zusammenarbeiten
sämtlicher an der Versorgung der Bevölkerung beteiligter
Kreise, der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher
ab. Das Ziel dieses Zusammenwirkens muß die Schaffung
eines Verbraucherschutzes sein. Die unmittelbare Verbin-
dung zwischen dem Erzeuger und Verbraucher muß gefördert
werden. Die Arbeiten des Ausschusses werden fortgesetzt.
Im einzelnen beschloß der Ausschuss noch, zur Besserung
der Ernährungsfrage ab 15. Dezember 1920 die Einfuhr
von Salzheringen innerhalb eines noch festzulegenden Rah-
mens dem freien Handel zu überlassen.

Die Kosten der Zwangswirtschaft.

Berlin, 23. Sept. Wie die „Morgenpost“ mitteilt,
hat im letzten Jahre allein die Herstellung der Brotkrumen
jährlich eine Milliarde Mark verschlungen. Die Gesamt-
kosten der Zwangswirtschaft im Jahre 1919 betrugen rund
14 Milliarden Mark.

Der Kartoffelkrieg.

Mainz, 23. September. Im Rhein-Maingebiet ist seit
Aufhebung der Zwangswirtschaft der Kartoffelpreis im Klein-
verkauf von 33 M. auf 40—45 M. für den Zentner infolge
der Händlergebote gestiegen.

Brot wichtiger als Bier.

Berlin, 24. Sept. Der Unterausschuss des Reichs-
wirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat den
bayerischen Antrag auf Erhöhung des Herstellpreises der
Brauereien mit der Begründung abgelehnt, daß die Brotber-
eitung wichtiger sei als die Bierbereitung. Ferner wurde ein
Antrag auf Einschränkung der Einfuhr von böhmischem Bier ab-
gelehnt.

Ergebnisse der Waffenablieferung in Berlin.

Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für die Ent-
waffnung sind in Berlin und Vororten in der vom 15. bis
21. September reichenden ersten Woche für die Waffenab-
lieferung rund 14 000 Gewehre und Karabiner, 1500 Ro-
volver und Pistolen, 160 Maschinengewehre und Maschin-
pistolen, zwei Geschütze, 425 000 Schuß Kleinmunition, 4700
Handgranaten und eine große Anzahl Waffenteile, darunter
drei Geschützpropore abgeliefert worden. Auch aus dem Reich
lauten die Berichte über die Ablieferung zufriedenstellend.

Eine Entwaffnungsaktion in Oberschlesien.

Kattowitz, 24. Sept. (W.B.) Auf Befehl der inter-
alliierten Besatzungsbehörden wurde in der letzten Nacht eine
Entwaffnungsaktion in den Grenzorten des Kreises Kattowitz
durchgeführt, an der sich französische Soldaten in Verbindung
mit der Abwehrpolizei und bayerische Polizei beteiligten.
Die Dörfer wurden umstellt und durchsucht. Es wurden
Waffen in großer Menge gefunden. Eine Anzahl Personen,
bei denen Waffen gefunden wurden, wurde verhaftet. Die
Aktion dauerte bis vormittags.

Aus Amerongen.

Amstelveen, 24. Sept. (W.B.) Wie die Wälder
aus Amerongen melden, wurde dort gestern unter der Teil-
nahme des ehemaligen deutschen Kaisers ein von ihm der
Stadt Amerongen gestiftetes Krankenhaus eröffnet.

Englische Ankaufe im Weichselgebiet.

Danzig, 24. Sept. Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, entwickeln englische Handelsfirmen seit acht bis vierzehn Tagen eine äußerst rege Ankaufstätigkeit in polnischen Ländereien, drei Kilometer beiderseits der Weichsel von Danzig bis Thorn, um besonders Einfluss auf den Weichselstrom sowie auf das angrenzende Uferland für Handelszwecke zu gewinnen. Gleichzeitig verhandeln englische Ankaufskommissionen über das gesamte polnische Ufergelände an der Neige und der Brabe. Die Engländer zahlen den Landverkäufern jeden geforderten Preis. Alle erfassbaren polnischen wie deutschen Landbestände werden von den englischen Handelsfirmen aufgekauft. Eine sehr große Anzahl von polnischen und deutschen Holzgüterhändlern und Wasserfahrgewerken ist in englische Hände übergegangen. Gleichfalls haben zahlreiche englische Firmen über das polnische Westpreußen ein Netz von Handelsniederlassungen eingerichtet. Die Landverkäufe beiderseits des Weichselstroms sollen bereits abgeschlossen und in Besitz von englischen Handelsfirmen und der Holzindustrie sein.

Schließung der elsass-lothringischen Schuhfabriken.

Strasbourg, 23. Sept. Die Vereinigung der elsass-lothringischen Schuhfabrikanten beschloß die sofortige Schließung sämtlicher Schuhfabriken in Elsass-Lothringen. Der Grund ist der seit einem Monat bestehende vollständige Stillstand im Schuhverkauf.

Vor der Abstimmung in Kärnten.

Wien, 24. Sept. (W.B.) Die Blätter melden: Der als besonders deutschfeindlich bekannte Kommandant der südslavischen Truppen im Kärntner Abstimmungsgebiet, General Maistr, der trotz des Räumungsbefehls der Plebiszitarkommission sich noch im der Zone aufhielt und südslavische Propaganda trieb, mußte auf Anordnung der Kommission das Abstimmungsgebiet räumen.

Der Nachfolger Millerands im Kabinett.

Paris, 24. Sept. (W.B.) Havas. Auf Drängen Millerands nahm Leguay die Ministerpräsidentenstelle und des Auswärtigen Amt an. Im Laufe der Unterredung wurde, anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen das Kabinett, welches die Zustimmung des Parlaments hat, aufrechterhalten bleiben soll.

Preissturz in Amerika.

New York, 24. Sept. Die Preistürze in allen Lebensmitteln und Gebrauchsgüter in den ganzen Vereinigten Staaten nehmen ihren Fortgang. Dies gilt besonders für Kleider und Nahrungsmittel. Alle großen Warenhäuser haben ihre Preislisten um 10 bis 20 Prozent reduziert.

Ein Bombenfund in New York.

New York, 24. Sept. (W.B.) Die Polizei entdeckte auf einer Station der elektrischen Hochbahn in Brooklyn eine Bombe, deren Zündschnur brannte. Die Polizeileute löschten die Bombe sofort. Man vermutet, daß die Bombe von Streikenden gelegt worden ist.

Der Krieg im Osten.

Die Kampflage im Osten.

Blaugberg i. Fr., 24. Sept. (W.B.) Lagebericht. Deftlich den Kämpfen befehligen die Polen Ljachowz und hielten sich Saslawe. Die Polen melden folgende Gesamtverluste im Festungsbezirk Ruz-Dubzo-Kowno in Verfolg der Kämpfe vom 12. September: 4000 Gefangene, 28 Geschütze, mehrere hundert Maschinengewehre, einen Panzerzug, einen Sanitätszug, 12 Lokomotiven, 1500 Waggons mit Munition und Explosivstoffen und eine große Menge an technischem Material und Lebensmitteln. Im Raum Grodno-Kobryn wurden an einzelnen Angriffen die teils mit großer Häftigkeit geführten Angriffe starker, neu eingeführter bolschewistischer Truppenmassen von den Polen durchweg abgewiesen.

Russischer Bericht.

Moskau, 24. Sept. (W.B.) In den Abschnitten Wolotowsk und Pruschan Kämpfe mit wechselndem Erfolg. Im Abschnitt Isaslaw Kämpfe westlich der Bahn-

linie Schapelowka—Staro—Konstantinowo. Im Abschnitt Wolotowsk schlugen wir die Angriffe des Gegners aus Wolotowsk zurück. Südfront: Im Abschnitt Alexandrow—Jesaterinoslaw gingen unsere Truppen nach hartnäckigem Kämpfen mit überlegenen feindlichen Streitkräften zurück, räumten die Stadt Alexandrow und bezogen Stellungen auf dem rechten Dnepr-Ufer.

Ein polnischer Angriff auf Litauen.

Paris, 24. Sept. (W.B.) Nach einem Funkpruch aus Posen an Riga und Libau heißt es im Operationsbericht des polnischen Generalstabs vom 23. September: Infolge der fortwährenden Angriffstätigkeit der litauischen Abteilungen, welche sich aus unserem Gebiete befanden, und worunter welsch, Sowjetverbände festgestellt wurden, und da die Litauer zugunsten der Sowjettruppen die Neutralität verletzten, gingen unsere Truppen zu einer Gegenaktion über und besetzten Kowno und Senn. Bisher wurden 1000 Gefangene, darunter 30 Offiziere, 26 Maschinengewehre, zwei Feldbatterien und eine schwere Batterie eingebracht. Die Gefangenen bestätigten, daß die zweite litauische Division den Befehl hatte, uns im Abschnitt Senn anzugreifen.

Wrangel.

New York, 24. Sept. (W.B.) „Associated Press“ meldet unter dem 22. September aus Konstantinopel, daß General Wrangel Alexandrowff genommen und dabei 30 Gefolge eroberte.

Die polnischen Waffenstillstandsbedingungen.

Paris, 24. Sept. (W.B.) Die „Morning Post“ aus Riga meldet, werden auf der ersten Sitzung der polnisch-russischen Friedenskonferenz die polnischen Delegierten ihre Bedingungen unterbreiten, deren Hauptzügen die folgenden sind: 1) Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Die Bolschewisten verpflichten sich, sich nicht in die innerpolitischen Angelegenheiten Polens einzumischen. 2) Die Bolschewisten ziehen sich hinter die sogenannte Bialystok-Linie zurück, welche die Polen vor dem roten Vormarsch im Juli besetzt hielten. Diese Linie ist nur Waffenstillstandslinie. 3) Eine Klausel des Friedensvertrages wird die Anzahl Leute bestimmen, die jedes Land unter den Waffen halten darf. 4) Die Linie Bialystok—Grajewo steht von der Unterzeichnung des Waffenstillstandes an für den Handel zwischen Westeuropa und Rußland unter polnischer Kontrolle.

Explosion in einem polnischen Munitionszug.

Danzig, 24. Sept. (W.B.) Im Freihafenbezirk an der Nordseite in Danzig-Neufahrwasser kam es nachmittags gegen 1 Uhr zu einer Explosion. Im Rahmen der Munitionstransporte für Polen war ein Zug mit Munition geladen worden. Als der Zug, um zu rangieren, langsam anging, erfolgte plötzlich eine gewaltige Detonation. Ein mit Handgranaten beladener Wagen war explodiert. Der Wagon wurde zerschmettert. Ebenso wurde durch die Gewalt der Explosion ein Teil des Zolkanones herausgerissen. Die Explosion geschah während der Arbeitspause, so daß sich nur wenige Arbeiter in der Nähe aufhielten. Drei Personen sollen durch Sprengstücke leicht verletzt worden sein. Die Munition war mit einem Schiff von Frankreich nach Neufahrwasser gekommen und wurde hier im Freihafenbezirk in Eisenbahnwagen umgeladen, um weiter nach Polen befördert zu werden. Von polnischen Arbeitern sind Gerüchte ausgebreitet worden, als wenn die Explosion der Handgranaten auf einen Mordakt der Danziger Arbeiter zurückzuführen sei. Dies ist nach dem Befund gänzlich ausgeschlossen. Es ist im Gegenteil festgestellt worden, daß die Explosion auf Selbstentzündung zurückzuführen ist. Lediglich die Minderwertigkeit der Handgranaten verhängte größeres Unheil.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 27. September 1920.

Ein schwerer Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht vom 24. zum 25. im hiesigen Modehaus Schönebaum am Bahnhofspfad ausgeführt worden. Die Diebe sind nach Mitternacht von der Graupfortstraße her durch ein Fenster, dessen Scheiben sie vorher zertrümmert und dessen Vergitterung sie zur Seite bogen, eingedrungen. Unter den reichen Beständen trafen sie eine sorgfältige Auswahl ge-

tade der besten Samt- und Ultrachan-Mäntel, blauer Jachetleider und farbiger Mäntel. Der Wert der Beute wird auf 40 000 Mark veranschlagt. Für die Wiederbeschaffung der verlorenen Sachen setzt die Firma Schönebaum eine Belohnung von 2000 Mark aus (siehe Anzeige). Verdächtig und für die Aufklärung des Diebstahls vielleicht von Wichtigkeit, ist die Tatsache, daß der Diebstahl die Diebe unbehindert arbeiten ließ. Auch andere Umstände lassen darauf schließen, daß die Diebe mit dem Ort wohlvertraut gewesen sein müssen.

(—) Dietricher Markt. In diesem Jahre wird der allbekannte „Dietricher Markt“ bereits im September, am nächsten Dienstag und Mittwoch, abgehalten. Die vorausgehende Kirmes der Nachbarorte Dietrichen, Dehen und Ahlbach fand gestern statt, war aber vom Wetter wenig begünstigt.

(—) Die großen Passionsspiele, welche nach dem Vorbild von Oberammergau seit acht Tagen täglich, mitunter in zwei Vorstellungen, hier in der Turnhalle aufgeführt wurden, fanden mit dem gestrigen Tage ihren Abschluß. Sie führten einen Massenbesuch von auswärts hierher, der jedesmal ein vollbesetztes Haus schuf. Die Gesamtzahl der Besucher schätzt man auf über 15 000 Personen. — Von heute an werden die Passionsspiele in Wehlar aufgeführt und ist für die bisher recht unglücklich besetzte Rolle der Gottesmutter Maria eine hiesige Künstlerin, die vor dem Kriege beim Theater in Wehlar i. E. angestellt war, Fräulein Maria Krieger, von der Gesellschaft zur Mitwirkung engagiert worden.

Der Winterfahrplan beginnt in diesem Jahre am 25. Oktober und nicht, wie früher üblich, am 1. Oktober.

— Zusammenkunft der kommunalen Polizeikommissare und selbständigen Polizeioberwachmeister der Provinz Hessen-Nassau. Unter dem Vorsitz des Herrn Polizeikommissars Kleiter fand am Freitag den 24. und Samstag den 25. September im Rathaus hiesig eine Zusammenkunft der kommunalen Polizeikommissare und selbständigen Polizeioberwachmeister statt. Als Ehren Gäste waren der Herr Oberstaatsanwalt, ein Vertreter des Herrn Landgerichtspräsidenten, sowie Vertreter der Kreis- und Stadtverwaltung erschienen. Die Zusammenkünfte verfolgten den Zweck, eine möglichst gleichmäßige Handhabung der wichtigsten Gesetze und Verordnungen in der ganzen Provinz herbeizuführen, sowie sich gegenseitig zu belehren und Erfahrungen über die besonderen Zweige des Polizeiwesens auszutauschen. In längeren eingehenden Beratungen wurde die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes, die Verordnungen betreffend die Erspargung von Beleuchtungsmitteln und Brennstoffen (Schlußlichte in Schalllöchern und Vergnügungsfahrten), die Bekämpfung des Schleichhandels und Wadens, der Radrichtendienst bei schweren Verbrechen, die Neuordnung der Polizei und dergleichen mehr besprochen und entsprechende Beschlüsse gemacht. Man war einstimmig der Ansicht, daß im dienstlichen Interesse und nicht zuletzt zum Wohle der Allgemeinheit, mindestens zweimal im Jahre die Ausprache erfolgen müßten und soll an sämtlichen kommunalen Polizeibehörden der Provinz das Ergehen gerichtet werden, daß allen leitenden Polizei-Erziehungsbeamten die Teilnahme an den Zusammenkünften zu ermöglichen. Als Ort der nächsten Tagung wurde Marburg bestimmt.

— Die diesjährige außerordentliche Generalversammlung der Schneiderzwangsinnung des Kreises Limburg (Kahn) welche am 21. September, vormittags 8 Uhr im Saale der Turnhalle selbst stattfand, war von 45 Mitgliedern besucht. Als Vertreter der städtischen Behörden waren die Herren Magistratschöffe Hagenhoff und Stadtschreiber Zeiger erschienen. Nach Punkt 1 der Tagesordnung: „Berichterstattung über den Bestand der Innung“ berichteten die Mitglieder über den Bestand und Wiederherstellung. Hierbei kam in einem Schreiben der Stadtwirtschaftsamt zum Ausdruck, daß die Schneiderinnung Limburg, ab 1. Oktober der Schneiderzwangsinnung als Mitglieder anzugehören haben. Der Innungsbeitrag wurde von 15,50 festgelegt; es soll den Mitgliedern aber eine Halbjahreszeit mit Modejournal gratis zugesandt werden. Die Mitgliedsbeiträge wurden auf 50 Pfg. und die Zehlingsbeiträge auf 30 Pfg. für jede gehaltene Person festgelegt. Der Vorstand wurde von zehn auf vierzehn Mitglieder erweitert und als Delegierte in den Innungsausschuß Limburg gewählt: Neuser, Setze, Brühl und Wiederhold. Weiter wurde bekannt gegeben, daß den Schneidern auf dem flachen Lande (also alle Orte im Kreise mit Ausnahme von Limburg) je Monat fünf Zentner Rohlen zur Ausübung ihres Berufs vom Kreiswirtschaftsamt zugeteilt sind.

Das Majorat.

Eine Erzählung von E. T. A. Hoffmann.

17) (Nachdruck verboten.)

So schloß der Freiherr seine Rede, indem er mit niedergeschlagenen Augen, vor dem Altar stehend, mit der Hand nach dem Rasten hingewies, an den er nun aber noch einmal hintat und die Beute musterte. Dem Hausverwalter trat plötzlich glühende Rote ins Gesicht, und er ließ jenen entschuldigend, dem heulenden Gewimmer eines auf den Tod wunden Tieres ähnlichen Laut aus, wie ihn der Freiherr dem Justitiarius beschrieb. Dieser erbebt, denn was der Alte nun zwischen den Zähnen murmelte, klang, wie: „Blut für Gold!“ — Der Freiherr, verliert in den Anblick des Schutzes, hatte von allem nicht das mindeste bemerkt; Daniel, den es, wie in krampfhaftem Fieberfroß, durch alle Glieder geschüttelt, hatte sich mit gebeugtem Haupt in demütiger Stellung dem Freiherrn, läßt ihm die Hand, und sprach mit weinerlicher Stimme, indem er mit dem Taschentuch sich über die Augen fuhr, als ob er Tränen wegwische: „Ach, mein lieber gnädiger Herr, was soll ich armer, hilfloser Greis mit dem Golde? — aber das doppelte Geball, das nehme ich an mit Freuden und will mein Amt verwaltend rüstig und unverdrossen!“

Der Freiherr, der nicht sonderlich auf die Wort e des Alten geachtet, ließ nun den schweren Dedel der Truhe zu fallen, daß das ganze Gewölbe krachte und dröhnte, und sprach dann, indem er die Truhe verschloß und die Schlüssel sorgfältig auszog, schnell hinweg: „Schon gut, schon gut, Alter!“ — Aber du hast noch,“ fuhr er fort, nachdem sie schon in den Saal getreten waren, „von vielen Goldstücken gesprochen, die unten im zerstörten Turm liegen sollen?“ Der Alte trat schwiegend an die Pforte, und schloß sie mit Mühe auf. Aber so, wie er die Flügel aufstieß, trieb der Sturm dieses Schneegestöber in den Saal; aufgeschreckt flatterte ein Rabe kreisend und krächzend umher, schlug mit schwarzen Schwingen gegen die Fenster, und stürzte sich, als er die offene Pforte wieder gewonnen, in den Abgrund. Der Freiherr trat hinaus in den Korridor, bebt aber zu-

rück, als er kaum einen Blick in die Tiefe geworfen. „Abscheulicher Anblick — Schwindel,“ flüsterte er, und sank, wie ohnmächtig, dem Justitiarius in die Arme. Er raffte sich jedoch wieder gleich zusammen, und frug den Alten mit schärften Blicken ersassend: „Und da unten?“ — Der Alte hatte indessen die Pforte wieder verschlossen, er drückte nun noch mit ganzer Leibeskraft dagegen, so daß er knachte und ächzte, um nur die großen Schlüssel aus den ganz verrosteten Schließern loswinden zu können. Des endlich zustande gebracht, wandte er sich um nach dem Baron und sprach, mit selbstamen Lächeln: „Ja, da unten liegen tausende und aber tausend — alle schönen Instrumente des seligen Herrn — Teleskope, Quadranten — Globen — Nachspiegel — alles liegt zertrümmert im Schutt zwischen den Steinen und Balken!“ — „Aber, bares Geld, bares Geld!“ rief der Freiherr ein, „Du hast von Goldstücken gesprochen, Alter?“ — „Ich meinte nur“, erwiderte der Alte, „Sachen, welche viele tausend Goldstücke gekostet.“ — Mehr war aus dem Alten nicht herauszubringen.

Der Baron zeigte sich hoch erfreut, nun, mit einmal Mal, zu allen Mitteln gelangt zu sein, deren er bedurfte, seinen Lieblingsplan auszuführen, nämlich ein neues prächtiges Schloß aufbauen zu können. Zwar meinte der Justitiarius, daß, nach dem Willen des Verstorbenen, nur von der Reparatur, von dem völligen Ausbau des alten Schlosses die Rede sein könne, und in der Tat jeder neue Bau schwerlich die ehrwürdige Größe, den ersten, einfachen Charakter des alten Stammhauses erreichen werde, der Freiherr blieb aber bei seinem Vorsatz, und meinte, daß in solchen Verfassungen, die nicht durch die Stiftungsurkunde sanktioniert worden, der tote des Dahingegangenen weichen müsse. Er gab dabei zu verstehen, daß es keine Pflicht sei, den Aufenthalt in A. bitten so zu verschönern, als es nur Klima, Boden und Umgebung zulasse, da er gedente, in kurzer Zeit, als sein innig geliebtes Weib ein Wesen heimzuführen, die in jeder Hinsicht der größten Opfer würdig sei.

Die geheimnisvolle Art, wie der Freiherr sich über das vielleicht schon im geheimen geschlossene Bündnis äußerte, schnitt dem Justitiarius jede weitere Frage ab, in dessen fand er sich durch die Entscheidung des Freiherrn insofern beruhigt, als er wirklich in seinem Streben nach Reichtum mehr die

Begier, eine geliebte Person, das schönere Vaterland, den sie entlagen mußte, ganz vergessen zu lassen, als eigentlicher Geiz finden wollte. Für geizig, wenigstens für unaufrichtig habgierig mußte er sonst den Baron halten, der, im Golde wühlend, die alten Friedrichsdor beäugelte, sich nicht enthalten konnte, mährisch aufzufahren: „Der alte Halunke hat uns gewiß den rechten Schatz verschwiegen, aber künftigen Frühling laß ich den Turm ausräumen unter meinen Augen.“

Barmeister kamen, mit denen der Freiherr weitaus überlegte, wie mit dem Bau am zweckmäßigsten zu verfahren sei. Er verwarf Zeichnung auf Zeichnung, keine Architektur war ihm reich, großartig genug. Nun fing er an, selbst zu zeichnen, und aufgereizt durch diese Beschäftigungen, die ihm beständig das sonnenhelle Bild der glücklichen Zukunft vor Augen stellten, erfaßte ihn eine frohe Laune, die oft an Ausgelassenheit anstieß, und die er allen mitzuteilen wußte. Seine Freigebigkeit, die Opulenz seiner Bewirtung, widerlegte wenigstens jeden Verdacht des Geizes.

Auch Daniel schien nun ganz jene Kränkung, die ihm geistig, vergessen zu haben. Er betrug sich still und demütig gegen den Freiherrn, der ihn, des Schatzes in der Tiefe halber, oft mit mißtrauischen Blicken verfolgte. Was aber allen wunderbar vorkam, war, daß der Alte sich zu verjüngen schien von Tag zu Tag. Es mochte sein, daß ihm der Schmerz um den alten Herrn tief gebeugt hatte, und er nun den Verlust zu verschmerzen begann, wohl aber auch, daß er nun nicht, wie sonst, kalte Nächte schlaflos auf dem Turm zubringen, und bessere Kost, guten Wein, wie es ihm gefiel, genießen durfte, genug, aus dem Geiste schien ein rüstiger Mann werden zu wollen mit roten Wangen und wohlgenährtem Körper, der kräftig aufrat und mit lauter Stimme mitlachte, wo es einen Spaß gab.

Das lustige Leben in A. ritten wurde durch die Ankunft eines Mannes unterbrochen, von dem man hätte erwarten sollen, er gehöre nun gerade hin. Wolfgang's jüngerer Bruder, Hubert, war dieser Mann, der, dessen Anblick Wolfgang, im Anblick den bleichen Tod, laut ausschrie: „Anblicklicher, was wußt du hier!“ — Hubert stürzte dem Bruder in die Arme, dieser sagte ihm aber und zog ihn mit sich fort und hinauf in ein entferntes Zimmer, wo er sich mit ihm einschloß. Mehrere Stunden blieben beide zusam-

Frankfurt, 25. Sept. Der verborgene Geld-
Arg mitgepielt wurde einem Weggermeister im
Sachsenhausen. Er verbarg eine Kasse mit 40 000
Mark an einer verschwiegenen Stelle eines verschwiegenen
Ortes. Am Donnerstag erschien nun ein junger Mann in
seiner Wohnung, gab sich als Gaststättenleiter aus und prüfte
er durch das Koffert führende Gasleitung in auffällender
Weise. Als er gegangen war, war auch die Kasse ver-
schwunden.

Frankfurt, 25. Sept. Verführt. Eine Schneiderin
aus dem Taunus brachte öfters Lebensmittel nach Frankfurt
und lernte den Kellner Alwin Ledermann kennen, mit dem sie
ein Verhältnis anknüpfte und durch den sie sich an einem
Wohndiebstahl beteiligte. Ledermann erhielt sechs Monate
Gefängnis, die Schneiderin sieben Wochen Gefängnis. Das
Gericht wird das Opfer der Großstadt der bedingten Be-
rücksichtigung empfehlen.

Wiesbaden, 24. Sept. 54. Kommunalland-
tag. 4. öffentliche Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesord-
nung teilte der Vorsitzende mit, daß von der Bauernschaft
in Uffingen eine Eingabe vorliege, dahingehend, daß in der
Uffinger gelegene bedeutende Baulandstücke für die dort zu er-
richtende Erziehungsanstalt für katholische schulentlassene Jün-
gerlinge, von welchen 63 Morgen Ackerland und Wiesen
im Betrieb der Bezirksverwaltung landwirtschaftlich bestellt
werden, an die Uffinger Landwirte zurückzugeben. Ein Antrag
des Zentrums fordert sodann, den Landesauschuß mit der
Lösung der Frage zu betrauen, inwieweit eine Ausnutzung
der Wasserkräfte in Nassau zur Erzeugung elektrischer Energie
insbesondere durch die Errichtung einer Talsperre im Ge-
biet, in wirtschaftlicher Weise erfolgen kann, um damit
gleich produktive Arbeitslosenbeschäftigung zu verbinden, ein
Antrag des Volksvereins (Dem.) die Unterstützung der beim
Erbauung in Uffingen Geldschädigten. Die Anträge wurden dem
sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Der Vorsitzende machte
weiter die Mitteilung, daß die Wahlen zum Kommunalland-
tag im Oberamtstreu vor einigen Tagen stattgefunden und
in Abgeordneten Oberbürgermeister Lütke-Bad Homburg (D.
Fol.) Rector Lütke-Bad (Zentr.) ebenfalls und Lagerhalter
Lütke-Bad (Unabh.) gewählt und bereits im Hause an-
tretend seien. Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.
Hr. H. Frankfurt (Dem.) als Berichterstatter des Beamten-
und Engagementsausschusses beantragte, dem Gesuch des verdient-
sten Landeshauptmanns Arelum um Pensionierung statt-
zugeben. Das Haus stimmte dem zu. Der Antrag auf Ge-
nehmigung einer dritten Landesratsstelle wurde ebenfalls gut-
geheißen, ebenso die Eingabe des Lehrkollegiums des Land-
mannvereins Camberg um Gleichstellung mit den Land-
mannvereinen in Homburg in Hessen und mit den Land-
mannvereinen staatsrechtlich. Weiter wurde u. a. das
Gesuch von Beamten der Landesbankstelle Frankfurt um Ge-
nehmigung einer besonderen fortlaufenden Geldentschädigung
wegen der Feuerung dortselbst dem Landesauschuß überwiesen.
In der bei der nächsten Geschäftsregulierung in Erwägung
zu ziehen. Zur Eingabe des Betriebsrats bei der Direktion
der Nassauischen Landesbank wegen Gewährung der Be-
schäftigung der Bericht. Hg. Pöhl, und man beschloß,
sodann Zulage auch den Angestellten und Arbeitern zu
erteilen, wenn der Wirtschaftsvorstand seine Zustimmung
erteile und das Reich diese Zulagen zurückvergütet.
Der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses betreffend
die Aufstellung eines Beschlusses dahingehend, daß die
finanziell und kommunallandtag bei allen neuen die
Verwaltung der Provinzen anlangenden Gesetzen vor-
gelesen werden, fand Annahme sowie die Beteiligung des
Landesverbandes an der zu gründenden Bezirkswohnungs-
genossenschaft in gleicher Höhe wie der Staat. Zum
Schluß erklärte das Haus die angefochtene Wahl zum Kom-
munallandtag im Kreise Uffingen für gültig, dahingegen die im
Unteramtstreu für ungültig. (Rufe von links.) Aus
dem Landtag scheiden infolge des letzten Beschlusses die
Abgeordneten Landrat von Trotha-Langenschwalbach (D.Nat.)
und Bürgermeister Gude-Breitbard (D.B.) aus. Wäh-
rend der Sitzung war eine Deputation von Kriegshe-
bungen aus Frankfurt a. M. und Wiesbaden bei dem
Vorsitzenden vorstellig geworden, daß die Hauptfürsorge-
stelle von Wiesbaden nach Frankfurt a. M. verlegt werde.
Der Vorsitzende überwies sie an eine Kommission bestehend
aus Abgeordneten und dem betreffenden Dezernenten.
Die Sitzung Montag, den 26. September, vormittags
10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a.
die Wahl des Landeshauptmanns. Wie wir zuverlässig er-
fahren ist die Wahl des Frankfurter Stadtrats Dr. Woell
Landeshauptmann gewählt.

Friedrichsdorf, 25. Sept. Ein Aschbrecher. In
den letzten Tagen wurde Friedrichsdorf durch eine Ein-
wanderung empfindlich heimgesucht. Der Nachtpatrouille
kam es, einen der schweren Burden zu verhaften, Raum
war, wo er abermals verhaftet und unter starker Be-
wachtung nach Friedrichsdorf zurückgebracht wurde. Nun ist
der Burde, der ein langgefügter Zuchthäusler ist, wieder
entlassen.

Limburg, 22. Sept. Ein in der Dunkelheit auf dem
Weg begriffener Einwohner stürzte im Wald über
den Weg geplatzten Draht. In demselben Augen-
blick wurde auch ein Schaf auf ihn abgebeugt, der jedoch
Dr. Bedrohte gab nun eben falls ein Schaf ab.

Limburg, 22. Sept. Ein in der Dunkelheit auf dem
Weg begriffener Einwohner stürzte im Wald über
den Weg geplatzten Draht. In demselben Augen-
blick wurde auch ein Schaf auf ihn abgebeugt, der jedoch
Dr. Bedrohte gab nun eben falls ein Schaf ab.

(Fortsetzung folgt.)

und hörte auch einen Schmerzenslaut. Er eilte dann sporn-
streichs nach Hause und erzählte dort sein Erlebnis. Sofort
angestellte Nachforschungen hatten keinen Erfolg.

Saarbrücken, 26. Sept. Einer Hausfrau in Weiskel bei
Alzen waren zwei Gänse gestohlen worden. Nach längerem
Vermissten fanden sich die Tiere wieder ein. Jede der Gänse
trug einen Fettel um den Hals. Auf dem einen stand: Dich
will ich noch laufe losse bis Korb, alleweil bist du noch so zäh
und herb, und auf dem anderen: Du bist so dünn und arm
wegen dir mach ich des Dyppe nett warm!

Gerichtssaal.

Schöffengericht. Die ledige Hilene S. und
die ledige Maria H., beide von L. sollen am 20. Aug. d. J.
in der Gemarkung L. Ost von Bäumen geschüttelt und an
sich gebracht haben. Auf die ihnen zugestellten Strafver-
fügungen von je 20 Mark Geldstrafe erhoben die beiden An-
geklagten Einspruch. Das Gericht beläßt es aber bei der
festgesetzten Strafe. — Der Vergingenieur Fr. W. von L. war
beschuldigt, im Sommer, zuletzt im Juli d. J. des öfteren
dadurch ruhstörnden Lärm verübt zu haben, daß er des Abends
um 11 und 12 Uhr a. f. einem Klavier gespielt und dadurch
die ruhigen Bewohner des Hauses in der Nachtruhe gestört
haben soll. Es wurde dem W. eine polizeiliche Strafverfügung
von 30 Mark zugestellt, wogegen er Einspruch einlegte und
gerichtliche Entscheidung beantragte. Das Gericht verurteilte
den Angeklagten gemäß § 360 § 11 St. G. B. zu 100
Mark Geldstrafe.

Amtlicher Teil.

(Nr. 223 vom 27. September 1920.)

Bezugnehmend auf Artikel 7 der Geschäftsanweisung für
die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevorstellungen
in der Provinz Hessen-Nassau vom 4. Februar 1902 / 3. No-
vember 1910 erlaube ich ergebenst, gefälligst dafür Sorge zu
tragen, daß die erforderlichen Renzualen der Kirchenvor-
steher und Gemeindevorsteher rechtzeitig eingeleitet werden.
Kassel, den 19. Juli 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau.
J. A. gez.: Unterschrift.
Nr. 16814.
An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Die Herren Bürgermeister der fraglichen Gemeinden des
Kreises, erlaube ich, die Kirchenvorstände auf vorstehenden
Erlaß besonders hinzuweisen.
Limburg, den 20. September 1920.
v. 3047.

Der Landrat.

Die Fahrpreiserhöhungen für Fahrten im Interesse der
Jugendpflege werden auf den Strecken der Reichseisenbahnen
wieder gewährt. Die hierfür maßgebende Ausführungsbe-
stimmung C. VI zu § 12 der Eisenbahnverkehrsordnung sowie
das Muster für entsprechende Anträge sind umstehend abge-
druckt.

Berlin W. 66, den 22. Juli 1920.
Leipziger Straße 3.

Der Minister für Volkswohlfahrt.

III. C. 1301.

Fahrpreiserhöhung für Fahrten im Interesse
der Jugendpflege.
(Ausführungsbestimmungen zu C. VI zu § 12 der
Eisenbahnverkehrsordnung).

1. Zu den von Vereinen, die einer staatlich geförderten,
besonders bekannt gegebenen Organisation für Jugendpflege
insbesondere dem Bund „Jung-Deutschland“ angehören, im
Interesse der Jugendpflege unter Leitung sachverständi-
ger erwachsener Personen veranstalteten gemeinschaft-
lichen Ausflügen werden jugendliche Personen, die das 20.
Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und die leitenden
erwachsenen Personen unter nachstehenden Bedingungen in
der dritten Klasse der Personenzüge zum halben Preise
befördert:

- a) die Mindestteilnehmerzahl muß 10 Personen betragen;
auf je 10 jugendliche Personen darf höchstens eine
Anführerperson entfallen;
- b) die Mindestentfernung für eine Fahrtrichtung muß
10 Tarifkilometer betragen; die Höchstentfernung für
eine Fahrtrichtung ist bei einseitigen Ausflügen auf
75 Tarifkilometer beschränkt.
2. Die Ermäßigung wird für Eil- und Schnellzüge in
der Regel nicht gewährt. Anträge auf Zulassung von Aus-
nahmen sind spätestens 8 Tage vorher bei der der Ab-
gangsstation vorgelegten Eisenbahnverwaltung einzureichen.
Wird die Benutzung von Eil- und Schnellzügen gestattet,
so wird der halbe Fahrpreis, bei Schnellzügen außerdem
für jeden Teilnehmer der tarifmäßige Zuschlag berechnet.
3. Die Eisenbahn kann an einzelnen Tagen die Ermäh-
igung versagen oder die Teilnehmer auf bestimmte Tage ver-
weisen.
4. Die Ermäßigung ist von dem Verein bei der Ab-
gangsstation schriftlich unter Angabe des Reisetages und
zweites, der zu benutzenden Züge und der Teilnehmerzahl
zwei Tage, bei 200 oder mehr Teilnehmern fünf Tage
vorher zu beantragen.

Mit dem Antrage sind vorzulegen:

- a) eine Bescheinigung der zuständigen Stelle der Orga-
nisation,
A) daß der antragstellende Verein einer staatlich ge-
förderten Organisation für Jugendpflege ange-
hört,
B) daß es sich um einen Ausflug im Interesse der
Jugendpflege handelt;
- b) eine Bescheinigung des Leiters darüber,
A) wieviel Aufsichtspersonal und wieviel jugendliche
Personen an dem Auszuge teilnehmen,
B) daß die jugendlichen Personen zur Teilnahme an
dem Auszuge berechtigt sind, und keine von ihnen
das 20. Lebensjahr überschritten hat.

Die Bescheinigungen müssen mit dem Stempel oder
Siegel der Organisation oder einer staatlichen Behörde ver-
sehen sein.

5. Die Abfertigung erfolgt mit Beförderungsscheinen, der
ausgibt des Antragschreibens für einfache oder für Hin-
und Rückfahrt ausgestellt und bei Beendigung der Fahrt ab-
genommen wird.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 18. September 1920.

Der Landrat.

R. N. 2634.

Zu der Erlassung der nach dem Umsatzsteuergesetz vom
24. Dezember 1919 steuerpflichtigen Unternehmen ist auch
die Mithilfe der Polizei erforderlich. Die Ausführungsbestim-
mungen zum Umsatzsteuergesetz nehmen diese Mitwirkung
der Polizei insbesondere in Anspruch hinsichtlich der aus-
ländischen Kaufleute und der Asternverhältnisse.

Nach § 22 soll die Ortspolizeibehörde alle diejenigen
von Gasthöfen, Pensionen usw. als Neuantömlinge gemein-
deten Personen, von denen sie weiß oder vermutet, daß
es sich um ausländische Kaufleute handelt, die sich zum
Abschluß von Geschäften im Ort aufhalten, möglichst bald
dem Umsatzsteueramt mitteilen. Und nach § 189 Abs. 5
Nr. 4 sollen die Polizeibehörden die ihnen zur Kenntnis ge-
langenden Asternverhältnisse unter Angabe der Namen
und Wohnung der Asternmieter und Vermieter, sowie des Be-
gins der Asternmiete dem zuständigen Umsatzsteueramt nach
unterstehendem Muster mitteilen.

Wie aus diesen Vorschriften hervorgeht, ist die Mit-
wirkung der Polizei nicht obligatorisch, weil sie sich nicht überall
als durchführbar erweisen würde; es wird aber erwartet,
daß die Polizeibehörden den Umsatzsteuerbehörden jede Unter-
stützung zuteil werden lassen, die möglich u. praktisch durchführbar
ist. Dabei wird die zweckmäßigste Lösung sich am besten in Be-
sprechungen zwischen den Leitern der Umsatzsteuerämter und
den für sie in Betracht kommenden Polizeibehörden ergeben.
Die herbeizuführenden der Herr Reichsminister der Finanzen
die Umsatzsteuerämter angewiesen hat.

Eine Mitwirkung der Polizeibehörden ist außerdem vor-
gesehen bei der Kontrolle des Straßenhandels.
Nach § 119 haben die Straßenhändler das von ihnen
zu führende Straßensteuerheft auf Verlangen den Beamten
der Polizeiverwaltung vorzuzeigen.

Auch für diese Mitwirkung ist enges Einvernehmen
mit den Umsatzsteuerämtern, die angewiesen sind mit den
Polizeibehörden mündlich Fühlung zu nehmen, erforderlich.
Berlin den 2. September 1920.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage: Rodebened.

Ud. 2897.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Polizei-
präsidenten in Berlin.

Polizeibehörde in Muster 57
Gesh. Nr. (Ausf.-Best. § 189)
den 19
das Umsatzsteuer (Finanzamt)
in
Der in dem Hause (Straße und Hausnummer,
Vorderhaus, oder Hinterhaus, Treppenzahl) wohnhafte
(Stand, Vor- und Zuname — Firma —) hat am
an (Stand, Vor- und Zuname) (Zahl)
eingemietete Räume abvermietet.
(Unterschrift.)

Wird den Polizeiverwaltungen der drei Städte und
den Ortspolizeibehörden des Kreises zur Kenntnis und Be-
achtung mitgeteilt. Die Polizeibeamten sind entsprechend
zu befehlen.

Limburg, den 22. September 1920.

v. 3128.

Der Landrat.
J. B. Niederschulte.

Betreffend die Fortführung der Brandversicherungen.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, die bei ihnen
gestellten Anträge, welche das Eingehen neuer Versicherun-
gen bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt oder die
Erhöhung, Aufhebung oder sonstige Veränderung bestehender
Versicherungen vom 1. Januar des nächsten Jahres an be-
zwecken, zu sammeln und baldmöglichst, spätestens aber bis
zum 23. Oktober d. Js. hierher einzulenden.

Alle Anträge sind von den Beteiligten schriftlich oder
zu Protokoll anzubringen, und es muß aus demselben be-
stimmte zu ersehen sein, was der Antragsteller verlangt. Un-
zulässig ist es daher insbesondere:

- a. Verzeichnisse hierher einzulenden, welche nichts weiter
als den Namen der Antragsteller enthalten,
b. rechtzeitig gestellte Anträge bis zum Ausgange aus-
zuheben, und dann erst der Kommission auszubringen.
Die Vorsitzenden der Schätzungs-Kommissionen sind im
Besitze von Formularen, welche zur Aufnahme der Ver-
sicherungsanträge benutzt werden können, und werden die-
selben in Gemäßheit des § 9 ihrer Geschäftsanweisung den
Herren Bürgermeistern auf Verlangen zur Benutzung über-
lassen.

Den Anträgen ist seitens der Herren Bürgermeister eine
Nachweisung über diejenigen Gebäude beizufügen, bezüglich
deren die Aufhebung oder eine Revision der Versicherung
wegen Wertminderung, baulicher Veränderungen, oder feuer-
gefährlicher Benutzung, ohne den Antrag der Versicherten ein-
zutreten hat.

Wiesbaden, den 7. September 1920.

Der Landeshauptmann.

Wird den Ortspolizeibehörden zur Kenntnis und Be-
achtung mitgeteilt. Ich erlaube die Befehl in ortsüblicher
Weise von der Bekanntmachung in Kenntnis zu setzen und
den Termin genau einzuhalten.

Limburg, den 20. September 1920.

v. 3140.

Der Landrat.
J. B. Niederschulte.

Die Wahl des Bäckers und Landwirts Georg Gustav
Wenz in Dauborn zum Bürgermeister der Gemeinde Dauborn
habe ich bestätigt.

Wenz ist heute von mir vereidigt worden.

Limburg, den 26. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

R. N. 2560.

An sämtliche Herren Bürgermeister des Kreises.

In letzter Zeit ist vielfach eine Verzögerung in der
Ausstellung der Saatkarten desaltes entstanden, weil die
vorgelegten Anträge unvollständig und unrichtig waren. Teil-
weise sind sogar bis zu 60 Prozent Saatgut mehr angefordert
als dem Antragsteller nach der Anbaufläche zustanden, auch
sind Anträge von Landwirten vorgelegt worden, die als
anbauende Landwirte gar nicht in Frage kommen. Hierdurch
sind unnötige Rückfragen und damit Verzögerungen nötig
geworden.

Um diesen Umständen nach Möglichkeit zu begegnen,
erlaube ich, die Anträge vor Abfertigung des Saatkarten-
büros bei der Regierung in Wiesbaden, einer sorgfältigen
Prüfung zu unterziehen und erforderlichenfalls zurückzuweisen
resp. zu berichtigen, damit nur Anträge vorgelegt werden,
deren Angaben den Tatsachen entsprechen.

Limburg, den 22. September 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

beginnt
am



Josef Reuss Gebr. Reuss
Jakob Meyer V. Bommer
Aug. Döppes A. Wassmann
Gregor Rosenbauer, Limburg.
Paul Lehmann, Georg Kleh, Diez.

10222

Einige Beispiele

Bettstellen
2schlffig, modern,
fein russbaumfarbig
lackiert. 240.—

Am Mittwoch den 29.
September 1920 (Dietrichs
Markt) findet von nachmittags
4 Uhr ab im Vereinslokal
Restaurant Schützengarten
für unsere Mitglieder



Eintritt frei.

3/223

Der Vorstand.

In der Nacht vom 24. bis 25. Sept. ist im Modehaus Schönebaum in Limburg ein Einbruch-Diebstahl verübt worden. Entwendet wurden u. a. **schwarze Sammt- u. Astrachanmäntel, blaue Jackenkleider, und einige farbige Mäntel.** Obige Belohnung wird demjenigen zugesichert, durch dessen Angaben die gestohlenen Sachen wieder beigebracht werden. Bei nur theilweiser Wiederbeschaffung wird eine verhältnismäßige Belohnung gewährt. Bei mehreren Belohnungsberechtigten behalten wir uns die Verteilung entsprechend vor. Zweckdienliche Mitteilung an **Modehaus Schönebaum** oder an **Polizeibehörde Limburg.** 2/223

Wiskarten werden sauber angefertigt in der
Druckerei des Freisblattes.



durch die Geschäftsstelle
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe
Limburg a. d. Lahn
im Rathaus, Perle 200

(Th. O. Fischer). 17(222)

Saubere, christliche 9:221

für die Geschäftsräume sofort
gesucht. Lohn monatl. 100 Mk.
Modershaus Löwenberg.

Möbl. Zimmer an an-
händigen Herrn per 1. Okto-
ber zu vermieten.
17923. Schlenker 22.

zu haben in der
Preisblatt-Druckerei

18(222

(Th. O. Fischer)

zu billigsten Preisen in vorzüglichster Qualität

7(220

Domstraße 4.

bei Herrn Postamt zur Probe Harbawest-
beutlichkeit beabsichtigte Zeitung:

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten

und Kupferstichdruck-Beilage
Kunstschau im Bilde

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Befehl-Anzeigen):
monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—

Abgabe B (ohne Total-Anzeigen):
monatl. M. 7.50, vierteljährl. M. 22.50
Probennummer kosten- u. portofrei.

Auslands- und Bogen-Ausgabe

des Hamburger Fremdenblatts:

reich illustriert in Kupfertiefdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 13.— vierteljährlich.
 Sie werden an uns aufgegebenste März

von Auslandsdeutschen Probenunter mit Tarif.

vom 24. September 1920.

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börsen-
Bank für Handel u. Industrie, Niederlassung 1890.

	letzter Kurs
50/10 Kriegsanleihe	79, 1/2
50/10 Reichsschatzanweisung	I. 100, 10
50/10 Reichsschatzanweisung	II. 8, 1/2
50/10 " "	III. 98, 10
41 1/2 0/10 " "	IV—V. 80, 90
41 1/2 0/10 " "	VI—IX. 75, 3/4
40/10 Reichsanl.	—
31 1/2 0/10 " "	—
30/10 " "	65, —
40/10 Preuss. Consols	—
31 1/2 0/10 " "	—
30/10 " "	—
40/10 Babilische Anleihe	83, —
40/10 Bayer. Staatsanleihe	81, 3/4
41 1/2 0/10 Hamburger Staatsanleihe	94, —
40/10 Oeffen. Anleihe	70, 1/2
40/10 Sächsishe Anleihe	—
40/10 Württembergische Anleihe	83, 3/4
40/10 Oester. Gold-Rente	87, 1/2
41 1/2 0/10 Silber	26, —
40/10 Anleihe von 1903	—
41 1/2 0/10 Staatsanleihe	—
40/10 Türkische Anleihe (Bagdadbahn)	122, —
40/10 Ung. Gold-Rente	58, 40
40/10 Kronen-Rente	28, —
40/10 Oest. Landes Hyp.-Bl. Wldbl.	102, —
40/10 Russen. Landesobl. Obl.	100, 1/2
31 1/2 0/10 " "	93, —
30/10 " "	86, —
40/10 Rheinprovinz. Anl.	95, 80
40/10 Anleihe der Stadt Darmstadt	—
40/10 " " Frankfurt a. M.	102, 1/2
40/10 " " Mannheim	—
40/10 " " Wiesbaden	98, —
40/10 Frankf. Hyp. Bl. Wldbl.	101, 10
31 1/2 0/10 " " "	90, —
40/10 " " Kred. Ver. Wldbl.	98, 1/4
40/10 Meiningen. Hyp. Bl.	97, 90
40/10 Preuss. Pfandbrief Bl.	94, 1/2
40/10 Rhein. Hyp. Bl.	100, 1/4
40/10 Westdeutsche Bod. Kred.	101, 1/2
41 1/2 0/10 Badens Oblig.	—
40/10 Badw. Höchst Obl.	106, —
41 1/2 0/10 Böhmiß	—
41 1/2 0/10 Main-Kraisswerke Obl.	157, 1/4
Reichsbank Aktien	153, 3/4
Darmstädter Bank Aktien	304, 1/4
Deutsche Bank	215, 1/2
Diskonto Commandit. Ant.	187, —
Dresdner B. Aktien	149, 1/2
Mitteldeutsche Kreditbank Aktien	713, —
Hochener Bergbau-Aktien	436, —
Badens Eisenwerke	322, —
Dtsch.-Eng. Bergw.	328, —
Westsiedl.	—
Harpenux Bergbau	—
Böhmiß Berg	189, —
Bank. Amerik. Packst. Aktien	184, —
Norddeutscher Lloyd	295, —
Kölnen. Elektr. Ges.	259, 1/2
Adlerwerke vorm. Kieper	678, 1
Chem. Alkali-Werke	401, —
Harpenux Höchst	—